Deutlichkeit, daß, wenn man schon von Bevorzugung sprechen will, in stärkerem Maße eine Bevorzugung des Mittelstandes als der Konsumvereine der Arbeiterschaft vorliegt. Man kann in diesem Falle also nicht davon sprechen, daß man der Arbeiterschaft mit ihren Konsumvereinen irgendwelche Vorteile gibt, die man den anderen vorenthält, sondern es handelt sich um eine durchaus gleichmäßige Besteuerung aller Genossenschaften, soweit sie die oben genannten Voraussetzungen erfüllen. Auch zu diesem Punkte sind also Einwendungen des Mittelstandes nicht berechtigt. Eine andere Frage ist es, ob man überhaupt die steuerliche Sonderstellung der Genossenschaften belassen soll. Die künftige Finanzreform wird dieses Problem erneut aufrollen und entscheiden müssen.

Die mannigfache Arbeit des Zentrums für den Mittelstand widerlegt schlagend die Behauptung des Wirtschaftspartei-Abgeordneten Drewitz, es sei eine falsche Politik des Mittelstandes, in die verschiedenen bürgerlichen Parteien zu gehen, sie seien dort nutzlos und leisteten den Sozialisierungsbestrebungen nur Vorspanndienste. Für jeden, der die Dinge sieht wie sie sind, haben z. B. die sieben Vertreter des Mittelstandes in der letzten Reichstagsfraktion des Zentrums mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sehr im Rahmen des Volkswohles die berechtigten Interessen des Mittelstandes vertreten werden können — und die Zentrumspartei hat bewiesen, daß ihre siebzigjährige Sorge für den Mittelstand nicht nachläßt.

Eine Erklärung Heyes

Generaloberst Heye übermittelt der Oeffentlichkeit folgende Erklärung:

Um den Gerüchten, die sich um meinen bevorstehenden Rücktritt gebildet haben, und die sich allmählich zum Schaden des Reichsheeres auswirken, ein Ende zu machen, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

1. Anfang Juni des Jahres habe ich aus eigenem Entschluß heraus den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichswehrminister um Zustimmung gebeten, nach Abschluß der großen Rahmenübung 1930 mein Abschiedsgesuch einreichen zu dürfen. Diese Zustimmung habe ich erhalten.

2. Den Zeitpunkt meines Ausscheidens aus dem Dienst habe ich daraufhin den Belangen des Reichsheeres entsprechend — Uebergabe der Geschäfte usw. — auf den 30. November 1930 festgesetzt.

3. Wer, wie ich, über 42 Jahre der Armee gedient hat, davon 20 Jahre in schweren und verantwortungsvollen Stellungen im Krieg und Frieden, wird meinen Wunsch verstehen, die Führung des Reichsheeres einer jüngeren Kraft zu überlassen. Mit politischen Fragen hat mein Rücktritt nicht das geringste zu tun.

4. Ich habe mich über den Rahmen meines Dienstes hinaus nie mit Parteipolitik beschäftigt, und beabsichtige auch zukünftig nicht, dies zu tun. Ich habe stets versucht, lediglich als Soldat, dem das Vaterland weit über allen Parteien steht, meiner Lebensaufgabe, dem Heere, zu dienen.

5. Für das, was während meiner Amtszeit als Chef der Heeresleitung von mir unterstellten Offizieren gesagt oder getan wurde, trage ich allein die Verantwortung. Die Zeitungsangriffe gegen solche Offiziere sind deshalb sachlich unrichtig und wirken für das Heer schädlich.

6. Ebenso stehe ich dafür ein, daß die Führung des Reichsheeres nach den Richtlinien des Reichswehrministers als dem verantwortlichen Mitglied der Reichsregierung erfolgt ist. Von einer Sonderpolitik des Heeres oder einzelner Offiziere zu sprechen, kommt deshalb bewußt oder unbewußt einer Irreführung der öffentlichen Meinung gleich.

7. Ich darf erwarten, daß durch diese Erklärung der Zeitungskampf gegen das Reichsheer und einzelne Offiziere abgeschlossen ist, zum mindesten sich nur gegen die Person richtet, die die Verantwortung trägt, also gegen mich.

8. Hierzu darf ich noch folgendes Allgemeines bemerken: Bei meinem Ausscheiden nehme ich als feste Ueberzeugung mit, daß das Reichsheer in allen seinen Gliedern selbstlos und treu seinen Dienst an Land und Volk ausübt. Wenn diese Tatsache bei einsetzender öffentlicher sachlicher Kritik mehr als bisher gewürdigt würde, wäre nicht nur der Armee, sondern auch den Interessen des Ganzen besser gedient.

gez. Heye, Generaloberst.

Eine französische Stimme für Treviranus

Paris, 2. September. Die radikale Zeitung Volonté beschäftigt sich mit dem Artikelduell Poincaré-Treviranus. Das Blatt ist vernünftig genug, die sachlichen Einwände beider Autoren zu beleuchten. Es schreibt, das Dokument Treviranus sei ausgezeichnet und sehr vernünftig. Der junge deutsche Staatsmann scheine die derzeitigen Realitäten des internationalen Lebens bei weitem besser begriffen zu haben, als der alte lothringische Staatsmann. Treviranus wisse mit einem Tabtgefühl zu sprechen, das die Aufrichtigkeit nicht ausschließe. Poincaré habe einen Artikel geschrieben, dessen juristische Haarspalterei doch nicht die Unrichtigkeit der aufgeführten Tatsachen verdecken könne. Frankreich habe Deutschland keine Konzessionen gemacht, denn jede französische Geste zugunsten Deutschlands sei nur im Austausch gegen deutsche Gesten oder Garantien erfolgt, deren Bedeutung für Frankreich groß gewesen sei. Treviranus habe leichtes Spiel gehabt, als er Poincaré hieran erinnerte. Treviranus weise auch darauf hin, daß die Verträge für Europa geschaffen seien, nicht aber Europa für die Verträge. Treviranus, der dank seiner Jugend die Zukunft begreife gebe hier eine elementare Wahrheit wieder. Möge man doch in Frankreich so ehrlich, mutig und weitblickend sein, das anzuerkennen.

Die Kundgebung in Lodz

Polnische Entschuldigung.

Lodz, 2. September. Der Stadtstarost sprach gestern im deutschen Konsulat vor, um im Namen des Woiwoden das Bedauern über den Zwischenfall vor dem Konsulat auszusprechen. Der Starost gab hierbei die Versicherung ab, daß die an diesen Vorfällen Schuldigen festgenommen und bestraft werden würden.

Ueber die Demonstrationen vor dem Konsulat wird noch berichtet, daß die Demonstranten das Konsulat mit Steinen von einer nahen Baustelle ausgiebig beworfen haben. Die Fenster waren durch Rolläden geschützt, so daß hier kein Schaden angerichtet werden konnte, jedoch wurde das als Hoheitszeichen ausgehängte Schild des Konsulates beschädigt. Einige Demonstranten versuchten sogar, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Daran wurden sie jedoch von der Polizei gehindert. — Der Krakauer Illustrierte Kurier weiß ferner zu melden, daß während des Angriffs der Demonstranten auf das Konsulat ein Polizeikommissar und 19 Schutzleute durch Steinwürfe verletzt wurden.

Feindliche Brüder

Neue Gegensätze in der Berliner nationalsozialistischen Partei

„S. A."-Leute gegen Bonzen

Berlin, 2. September.

In der Nationalsozialistischen Partei Berlin haben sich in den letzten Tagen merkwürdige Ereignisse abgespielt. Nach dem Ausscheiden der Gruppe um Otto Straßer hat sich ein Gegensatz zwischen den Sturmabteilungen („S. A.") des Berliner Gaus und dem Gauführer Goebbels herausgebildet. Der Gausturm opponiert gegen die Gauleitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, weil diese unter Führung Goebbels eine „kapitalistische Interessenpolitik" betreibt. Die Sturmabteilungen haben einen gegen Goebbels gerichteten Beschwerdebrief an Hitler gesandt, auch eine Abordnung der S. A. ist nach München geschickt, aber nicht vorgelassen worden.

Nun brach der offene Konflikt aus. Am vergangenen Freitag ließen die S. A. eine nationalsozialistische Massenversammlung im Sportpalast ohne Saalschutz und demonstrierten vor dem Gebäude gegen Goebbels. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist es dann zwischen den Sturmabteilungen und der von Goebbels organisierten „Schutzstaffel" im Gaubüro der Nationalsozialistischen Partei in der Hedemannstraße zum Kampfe gekommen. In dem politischen Büro hielten fünf Mann der „Schutzstaffel" Wache. Diese fünf Mann wurden von den S.A.-Leuten in fürchterlicher Weise mit Stuhlbeinen, Gummiknüppeln, Stahlruten verprügelt, so daß zwei von ihnen mit erheblichen Verletzungen zum Arzt geschafft werden mußten. Während die Leute der Sturmabteilung noch in den Büroräumen tobten, erschien das schnell herbeigerufene Ueberfallkommando und nahm 25 Mann der Sturmabteilungen fest.

Die Büros der Berliner Gauleitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind von den S.A.-Leuten übel zugerichtet worden. Diese Büros, die aus 32 Räumen bestehen und in jenem Hause untergebracht sind, wo früher die Kriegsernährungsstelle domizilierte, beherbergen außer der politischen Leitung die Redaktion des „Angriffs", eine Frauenorganisation, eine Kommunalabteilung, einen Schülerbund, und in dem Zimmer, in dem früher Walter Rathenau saß, der bekanntlich die Kriegsernährungsstelle leitete, hat sich Herr Goebels persönlich eingerichtet. — Die gesamte Einrichtung in diesen Räumen ist von den S.A.-Leuten demoliert worden.

Auf Grund dieser Vorgänge ist Adolf Hitler schleunigst von München nach Berlin gekommen und hat im Kriegervereinshaus eine streng vertrauliche Sitzung einberufen, auf der die entstandenen Gegensätze beseitigt werden sollen. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind es nicht Zufälligkeiten und Mißverständnisse, die die Sturmabteilungen in Gegensatz zu der Berliner Parteileitung gebracht haben. Hitler, Goebbels, Gregor Straßer und Genossen, die mit Hugenberg und dem Stahlhelm zusammengehen, gelten den Sturmführern als Reaktionäre, die über ungeheure Summen verfügen und die Mannschaften und Offiziere der Sturmabteilungen nur kärglich besolden. Auch bei der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen, bei der Besetzung der Sekretärposten und der Ernennung von Sektionsführern fühlen sich die Sturmabteilungen benachteiligt. Die Prätorianer der Hakenkreuz-Partei begehren auf gegen die Bonzen der angeblich bonzenfeindlichen Partei.

Daß ein solcher Konflikt unmittelbar vor der Reichstagswahl ausgetragen werden kann, beweist die innere Brüchigkeit des Aufbaus der Nationalsozialistischen Partei. — Da möchte man auch rufen: „Deutschland erwache!" Wen gelüstet es, am 14. September solche Führer zu wählen? Soll ganz Deutschland so zugerichtet werden, wie das durch die „feindlichen Brüder" mit dem Berliner Gau-Büro der NSDAP. geschehen ist?

Gefängnis für Goebbels

Berlin, 2. September.

Das Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hellhoff verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wegen öffentlicher Beleidigung in Tateinheit mit übler Nachrede in drei Fällen zu sechs Wochen Gefängnis und wegen öffentlicher Beleidigung in drei weiteren Fällen zu 500 Mark Geldstrafe.

Hugenberg erkrankt

Bochum, 1. September. Etwa 3000 Personen waren am Montagabend im Schützenhof erschienen, um den Führer der deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, in einer Wahlrede zu hören. Die Schutzpolizei hatte umfangreiche Sicherungen getroffen, um einen ruhigen Verlauf der Kundgebung zu gewährleisten. Nach einer längeren Verzögerung eröffnete der Vorsitzende des Kreisvereins der DNVP. die Versammlung und erklärte, daß Geheimrat Hugenberg zwar um 7 Uhr abends in Bochum eingetroffen, daß er aber durch eine Erkrankung am Reden verhindert sei. Der hinzugezogene Arzt Professor Reichmann habe eine Fiebertemperatur von 39 Grad festgestellt und ihm die Teilnahme an der Versammlung untersagt.

Um die Erziehung

Erziehungs- und Bildungsprobleme auf dem Katholikentag

Das Rundschreiben Papst Pius XI. vom 31. Dezember 1929 über „Die christliche Erziehung der Jugend" wird auf dem Vertretertag der 69. Generalversammlung deutscher Katholiken zu Münster Gegenstand eingehender Erörterungen werden. Die Antwort, die der deutsche Katholizismus in seiner nationalen Besonderung auf diese für unsere Zeit bedeutungsvolle Enzyklika zu geben hat, wird sich das gleiche christliche Verantwortungsbewußtsein des Hl. Vaters zu eigen machen, das die Sendung der Kirche ihm und allen Gläubigen zur Pflicht macht. Es zeugt wieder für einen lebendigen Willen, an der inneren Wiedergeburt unseres Volkes aus dem Geiste des Christentums mitzuarbeiten, wenn der Vertretertag der diesjährigen Katholikenversammlung die umstrittenen Probleme unserer nationalen Bildung zum Hauptgegenstande seiner internen Verhandlungen und Aussprachen macht. Sie werden von der Ueberzeugung getragen sein, daß im echten Christentum zutiefst die Kulturinteressen auch unseres Volkes verwurzelt sind.

P. Schröteler S. J., Düsseldorf, wird vor allen Teilnehmern am Vertretertag der katholischen Erziehungs-, Schul- und Bildungsgrundsätze in ihrem Verhältnis zu modernen pädagogischen Strömungen in einem progammatischen Aufriß für die Gesamtarbeit herauszustellen. Auf eine Auseinandersetzung mit den sozialistischen Erziehungsbestrebungen im besonderen wird P. Desiderius Breitenstein O.F.M., Freiburg i. Br., eingehen, und in diesem wichtigen Thema die grundsätzliche Gegensätzlichkeit herausarbeiten, die christliches und sozialistisches Denken in den Kulturfragen der Bildung unüberbrückbar scheidet. In 10 gesonderten Abteilungen unter der Leitung bewährter Fachmänner werden Einzelreferate zu wichtigen Problemgruppen Stellung nehmen. „Die Familie im Rahmen der Gesamterziehung" unter Leitung von Reichskanzler a. D. Dr. Marx, Berlin, „Erziehungsaufgaben der Volksschule" unter Leitung von Lehrer B. Bergmann, Düsseldorf, „Katholizismus und höhere Schule" unter Leitung von Studiendirektor Dr. P. Dirking, Herten, „Katholizismus und Hochschule" unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. H. Ranen, Bonn, „Wirtschaftliche und soziale Fragen der Erziehung" unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. H. Weber, Münster, „Caritative Erziehungsfragen" unter Leitung von Generalsekretärin Elisabeth Zillken, Dortmund, „Frauenbildungs- und Frauenerziehungsfragen" unter Leitung von Frau Oberschulrat P. Henninges, Münster, „Erziehungsarbeit der katholischen Jugendverbände" unter Leitung von Generalpräses L. Wolker, Düsseldorf, „Die gestaltenden Kräfte der Kultur in der Erziehung" unter Leitung von P. F. Muckermann S. J., Münster, „Erziehung zu Volk, Staat und Nation" unter Leitung von Abg. Jos. Joos, M. d. R., Köln, alle diese bedeutsamen Probleme werden in ihrer grundsätzlichen Problematik mit Rücksicht auf dringliche Gegenwartsfragen in katholischem Sinne eingehende Behandlung erfahren.

Angesichts der Tatsache, daß heute die Erziehungs- und Bildungsfragen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden sind, gewinnt der diesjährige Katholikentag über die pädagogisch interessierten Fachkreise hinaus besondere Gegenwartsbedeutung. Mögen die Beratungen dem deutschen Katholizismus jene Geschlossenheit in den Bildungsfragen sichern helfen, aus der heraus ein tatkräftiges, verantwortungsbewußtes Mitarbeiten an der sittlichen Erneuerung unseres Volkes möglich werden kann. Möge auch in anderen Kreisen durch den Ernst und das Verantwortungsbewußtsein des auf dem Katholikentage in Erscheinung tretenden Kulturwillens das Vorurteil aufgeräumt werden, das dem Rundschreiben Papst Pius XI. in Deutschland begegnete, als würde in diesem Willen nicht Ueberzeugung und Wahrheit, sondern nur das Machtstreben einer Konfession zum Ausdruck kommen und die Höhe und Geistigkeit unserer nationalen Bildung gefährden.

Dr. H. Brunnenkäker, Münster i. W.

Seeckts politisches Programm

Dortmund, 31. August.

Die Deutsche Volkspartei hatte für Sonnabend eine Wahlversammlung einberufen, in der Generaloberst von Seeckt programmatische Ausführungen machte. Er erklärte, in der Außenpolitik müsse das wichtigste Ziel die Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat sein, d. h. die Wiederherstellung seiner Weltgeltung, wie sie Deutschland bei seiner Größe und Bedeutung zukomme. Zwischen den Völkern sei eine Verständigung anzustreben. Deutschland habe kein Interesse daran, sich einer europäischen Zusammenarbeit auf Grund der Vorschläge Briands zu widersetzen. Es müsse solange mitarbeiten, wie seine Belange gewahrt würden. Voraussetzung hierfür sei jedoch die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands. Generaloberst von Seeckt betonte weiter die Bedeutung des Kampfes gegen den Vertrag von Versailles für die Wiederaufrichtung unserer Souveränität und für die Befriedung Europas. Dabei hob er drei Forderungen als besonders wichtig hervor: klares Rechnen mit der gegenwärtigen Lage nach dem verlorenen Krieg, keine nachträgliche Kritik an dem, was geschehen sei, sondern Aufbauarbeit unter Abfindung mit den gegebenen Verhältnissen, Wiederherstellung des Vertrauens zur Führung in der Außenpolitik, deren Ziel bleiben müsse: Verständigung, Friede, Zusammenleben. Im Osten sei das Deutschtum zu erhalten. Der Korridor sei eine dauernde Bedrohung Ostpreußens. Mit Italien und Rußland müsse Deutschland in Frieden und Freundschaft leben, wenngleich es die politischen Ziele beider Staaten ablehne. Die dem deutschen Heere auferlegten Beschränkungen müßten in jeder Beziehung verschwinden.

Friedensverhandlungen in Indien gescheitert?

London, 2 September. Daily Telegraph berichtet aus Allahabad: Die beiden liberalen Führer Sapru und Jayakar, die am Sonnabend und Sonntag im Gefängnis von Naini eingehend mit den beiden Nehrus berieten, haben sich mit einem an Gandhi gerichteten Brief der Nehrus nach Puna begeben. Es verlautet, daß die beiden Nehrus unnachgiebig sind, so daß die Verhandlungen gescheitert sind. Es ist zu befürchten, **daß jetzt die Einstellung der Bewegung des zivilen Ungehorsams von seiten des Kongresses äußerst unwahrscheinlich ist.**

Mecheiner Kongreß beendet

Brüssel, 31. August.

Der Eucharistische Kongreß in Mecheln wurde am Sonntag abgeschlossen. An der Schlußfeier nahmen 150 000 Personen aus Belgien und dem Auslande teil. Kardinal van Roey gab den Wortlaut einer Protestentschließung bekannt, die sich gegen die Christenverfolgungen in Rußland und China richtet.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wolkig bis zeitweilig heiter. Nachts sehr kühl, in den Hochtälern des Erzgebirges teilweise nahe dem Nullpunkt. Tagsüber etwas höhere Temperaturen als heute. Schwache Luftbewegung veränderlicher Richtung, stellenweise Morgennebel.